

Maßnahmen gegen den Kriegswucher.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Kriegswucher, trotz aller bisher getroffenen Vorbeugungsmaßregeln, die schlimmsten Blüten treibt. Es handelt sich nicht um einzelne Fälle, sondern um eine Massenerscheinung. Es muß betont werden: Bedenklich ist nicht der Gewinn aus Kriegslieferungen, sondern der wucherische Gewinn, nicht die Anpassung und Umstellung des Betriebes, sondern die wucherische Zurückhaltung von Vorräten und Schiebung von Lieferungen.

Wie ist dem Uebel zuleibe zu gehen und was für besser wirkende Maßnahmen sind ihm entgegenzustellen? Diese Frage sucht H. v. Gerlach im „Lürmer“ (Herausgeber J. E. Freih. v. Grotthuß; Verlag von Greiner & Pfeiffer, Stuttgart) zu beantworten:

„Mir scheint, das Wesentliche wäre, alle unsere Militärbehörden, die Lieferungen zu vergeben haben, mit geeigneten kaufmännischen Beratern zu versehen. Unsere Militärs leisten Unübertreffliches auf militärischem Gebiet. Daß sie nicht ebenso starke kaufmännische wie militärische Gaben besitzen, ist kein Vorwurf. Aber es ist ein Mangel, wenn sie Liefe-

rungen zu vergeben haben. Diesen Mangel kann und soll man ausgleichen durch Zuziehung wirklicher Sachverständiger. Wie man diese Sachverständigen gewinnt, ist eine Frage zweiten Ranges. Man kann dienstpflichtige Kaufleute, statt sie in der Front, im Stappendienst oder beim Schanzen zu verwenden, wo sie von ihrer besonderen Befähigung keinen Gebrauch machen können, auf die Intendanturen und Proviantämter wie in die Zentralstellen kommandieren. Oder man kann sich an die Handelskammern mit der Bitte um Entsendung geeigneter Sachverständiger wenden. Jedenfalls, tüchtige Sachverständige gibt es in Hülle und Fülle. Man muß sie nur heranzuziehen verstehen.

Aufgabe dieser kaufmännischen Sachverständigen wäre es, sich nicht nur über Preise und Wertgehalt der zu liefernden und der gelieferten Waren zu äußern, sondern auch die Person der Lieferanten unter die Lupe zu nehmen. Und zwar kommt es dabei nicht bloß auf die sich neu meldenden, sondern auch auf die alten Lieferanten an, unter denen Musterung gehalten werden muß.

Nebenbei wäre zu erwägen, ob sich nicht für alle Heereslieferungsangelegenheiten ein Verbot der Chiffre- und sonstigen anonymen Anzeigen empfähle. Die Presse ist an so viel einschneidendere Eingriffe von oben in der Kriegszeit gewöhnt worden, daß sie sich gegen eine solche Anordnung gewiß nicht sträuben würde, selbst wenn sie es könnte. Aber sie würde auch ohne weiteres einsehen, daß solche Inserate in der Regel nur Elementen dienen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, und daß die Ausmerzung dieser Elemente aus dem Kriegslieferungswesen nur von Nutzen für die Allgemeinheit sein kann.

Der Zweck der von mir vorgeschlagenen Maßregeln ist der, den Heeresbedarf mit guten Waren zu normalen Preisen zu decken. Eine Schwierigkeit bleibt jedoch noch zu überwinden: die benötigten Stoffe zu entdecken! In manchen wichtigen Fällen fehlt es nämlich völlig an dem nötigen Angebot, nicht weil das gewünschte Material nicht vorhanden ist, sondern weil es zurückgehalten oder gar verborgen wird, sei es, daß man durch die Zurückhaltung vom Staat auf die Dauer noch höhere Preise zu erzielen hofft, sei es, daß man auf höhere Preise von Dritten rechnet.

Es empfiehlt sich eine Verordnung, die für alle für die Militärverwaltung in absehbarer Zeit erforderlichen Rohstoffe und Waren eine Vorratsaufnahme mit Deklarationszwang bestimmt. Wer bis zu dem festgesetzten Termin seine Vorräte nicht oder nicht richtig deklariert, der setzt sich der ent sch ä d i g u n g s - l o s e n B e s c h l a g n a h m e der verhehlten Vorräte und einer Strafe dazu aus. Das bedeutet einen starken Eingriff in die „Heiligkeit“ des Privateigentums. Aber einen notwendigen Eingriff. Noch mehr als in Friedenszeiten muß in Kriegzeiten das Einzelinteresse hinter dem allgemeinen Interesse zurücktreten.

Wir alle wissen, wie ungeheuerlich die Preise für viele Lebensbedürfnisse gestiegen sind. Diese Steigerung ist nicht etwa bloß auf die Knappheit an Vorräten zurückzuführen. Sie rührt zum großen Teil daher, daß die Sperrung unserer meisten Zufuhrwege aus dem Ausland den größten Teil der Konkurrenz ausgeschaltet hat. Das benützt Produzenten und Besitzer von Vorräten dazu, um die Preise ungebührlich in die Höhe zu treiben. Die Zurückhaltung der Vorräte spielt dabei die Hauptrolle.

Man hat eine ganze Reihe von Maßregeln getroffen, um diesem Uebelstande entgegenzuwirken. Insbesondere die Festsetzung der Höchstpreise dient diesem Zweck. Die Praxis hat jedoch oft ergeben, daß die Vorschriften nur auf dem Papier standen. Sie wurden zu spät erlassen, als schon die Preise unnötig hoch waren, oder es handelte sich um halbe Maßregeln, die umgangen werden konnten. Da helfen nur radikale Maßnahmen. Was im einzelnen zu geschehen hat, ist eine Frage der Praxis. Damit die Sache aber auch praktisch geregelt werden könne, ist es nötig, die Konsumenten weit mehr als bisher zu hören, wenn Maßregeln gegen den Kriegswucher getroffen werden sollen.

Ueber eins dürfen wir uns freilich nicht im unklaren sein: keine Maßnahme gegen den Kriegswucher wird ihn ganz ausrotten. Nur ihn beschneiden ihn auf ein Mindestmaß zurückführen, das ist möglich.

Aber denen, die durch Kriegswucher reich geworden sind, soll wenigstens nicht der ungetriebte Besitz ihres so unschön errungenen Mammons belassen werden. Mit äußerster Entschiedenheit muß von dem gesamten Volk an Reichsregierung und Reichstag die Forderung nach einer Steuer auf Kriegsgewinn gerichtet werden. Es geht nicht an, daß auf der einen Seite Millionen ihre Gesundheit oder gar ihr Leben dem Vaterlande opfern und andere Millionen in ihrer bürgerlichen Existenz vernichtet oder doch erschüttert werden, während auf der andern Seite einige hunderttausend unbedenklicher Geschäftsleute oder Produzenten sich maßlos bereichern. Wer den Krieg als „gute Konjunktur“ zu benutzen gedachte, dem soll ein Strich durch die Rechnung gemacht werden.

Den von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Plan, den gesamten Kriegsgewinn fortzusteuern, also einzuziehen, halte ich für unerwägbar. Ob er sich moralisch rechtfertigen läßt oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist er aus wirtschaftlichen Gründen zu verwerfen. Wer weiß, daß er von seiner Produktion oder von seinem Handel überhaupt nicht Vorteil erzielen kann, wird sich nicht sonderlich anstrengen. Leute, die bereit sind, ausschließlich „pro patria“ zu arbeiten, wer-

Reichsp

M. II